

CDU/Freie Bürger mit zehn Kandidaten für den Gemeinderat Wellendingen

Pressemitteilung (pm)

15. März 2024

Die Liste CDU/Freie Bürger für die Gemeinderatswahl in Wellendingen steht. Bei der Nominierungsversammlung im Gasthaus „Adler“ votierten alle Teilnehmer einstimmig für die vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber, die sich bereits im Vorfeld problemlos und im freundschaftlichen Miteinander auf das dann umgesetzte Prozedere geeinigt hatten.

Wellendingen. So galten Dank und große Anerkennung für die Bereitschaft zur Kandidatur allen Kandidaten von Seiten des CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Karlhelm Griesser wie auch von CDU-Kreisgeschäftsführer Jürgen Hermann, der durch die Regularien führte und die Wahlen leitete. Besonders bemerkenswert waren die Begründungen bei der Vorstellungsrunde: von dem Willen, sich einzusetzen für die Gemeinde („Ich fühle mich sehr wohl in unserem Ort“) über die Absicht, mitzugestalten, eigene Fähigkeiten und berufliche Erfahrung einzubringen bis hin zu der als Pflicht bezeichneten Notwendigkeit, Verantwortung zu übernehmen in der Demokratie, was all das vertreten, was in der Summe als gesellschaftlich-politisches Engagement bezeichnet werden kann. Von Kandidaten, die als „sehr guter Querschnitt aus der Bevölkerung“ bezeichnet wurden.

Somit kandidieren auf der Liste „CDU/Freie Bürger“ für den Gemeinderat aus Wellendingen: Nathalie Bader (38 Jahre, Gesundheits- und Krankenpflegerin); Andreas Geiger (46, Umweltschutzingenieur); Christian Hengsteler (32, Bauleiter im Hochbau); Ulrike Roth (58, Krankenschwester – pflegerische Klinikleitung); Alexander Schmid (46, Kaufmann, Prokurist); Anne-Kathrin Wagner (32, Sozialwirtin).

Wilflingen: Kathleen Götz (41, Lehrerin); Wolfgang Götz (54, Industriemechaniker); Antonio Locurcio (40, Zerspanungsmechaniker); Andreas Muschal (50, Dipl Betriebswirt (FH)).

Nach dem offiziellen Ende des Treffens nahmen einige der Anwesenden die Anregung von Karlhelm Griesser gerne auf, miteinander darüber ins Gespräch zu kommen, „was uns bewegt.“ So nahm der frühere Landtagsabgeordnete Josef Rebhan den Ball von der zuvor beschriebenen Verantwortung auf und sprach angesichts der anhaltenden Streikwelle und der damit einhergehenden Folgen davon, dass ein bisher nirgends festgeschriebenes Streikgesetz unerlässlich sei: „Als Sozialpolitiker trete ich für ein voll gewährleistetes Streikrecht ein, doch es ist auf Dauer nicht zu vertreten, wenn die Gesamtverantwortung einzelner Verbände zu partikularem Eigennutz wird und andere Gruppen darunter unverhältnismäßig zu leiden haben.“